

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 20

Artikel: Die Schweizer Kommunisten und die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes
Autor: Platten, Fritz Nicolaus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093708>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweizer Kommunisten und die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes

Auf dem Hintergrund der östlichen und insbesondere der baltischen Aktualität ist der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 dieses Jahr zu einem Politikum geworden wie noch nie zuvor seit Kriegsende. Bei der Rehabilitierung der historischen Wahrheit stellt sich aber auch die Frage, wie es damals (und seither) mit dem «antifaschistischen» Selbstverständnis der kommunistischen Partei bestellt war. Das gilt auch für die damalige Kommunistische Partei der Schweiz (KPS), die spätere Partei der Arbeit (PdA).

Sie geht heute über die Hefte, aber sehr ungenügend. Damit befasst sich hier Fritz Nicolaus Platten, der 1946 aus der PdA austrat. Er ist ein Sohn des seinerzeitigen kommunistischen Nationalrats Fritz Platten, der in die Sowjetunion auswanderte und dort in den stalinistischen Lagern umkam.

Ein Jahr nachdem Michail Gorbatschow den Hitler-Stalin-Pakt und den ihn krönenden Freundschaftspakt kritisch in Frage gestellt hatte, unterzog sich auch die Partei der Arbeit der Schweiz, immer sowjetkonform up to date, ebenfalls der Aufgabe einer Neubewertung dieses kriegsauslösenden Abkommens. Obwohl ehemals strammer Stalinist, fühlte sich Karl Odermatt offenbar fähig, sich dieser delikaten Aufgabe möglichst subtil zu unterziehen. Kein anderes Ereignis im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges, so meint er, habe dermassen Verwirrung gestiftet: «Ob dieser Vertrag ein schlauer Schachzug Stalins war, um Zeit zu gewinnen, ob er Hitler erst ermöglichte, Polen zu überfallen und fast ganz Europa zu erobern, ohne im Osten behelligt zu werden, solche Fragen können nicht einfach mit ja oder nein beantwortet werden. Der Pakt und seine Folgen wirken heute noch nach, wie zum Beispiel die offiziell ungeklärte Affäre von Katyn oder die Spannungen in den baltischen Sowjetrepubliken zeigen.»

Die Hälfte seines Artikels widmete er der Genese des Paktes und rechtfertigte ihn grosso modo im Stil eines der vielen abgedroschenen Novosti-Artikel zu diesem Thema. Dann aber wurde der Artikel interessant, kam er doch nun auf die katastrophalen Auswirkungen des Paktes auf die kommunistischen Parteien zu sprechen! Leider benutzte er für diese Darstellung nur

Sekundärliteratur meist kommunistischer. Prägung aus den Jahren 1972 bis 1987. Aus den Jahren 1939/40 wurden lediglich fünf Dokumente zugezogen und oberflächlich behandelt. Von einer gründlichen Erforschung der damaligen kommunistischen Presse und Literatur kann keine Rede sein! Das führt Odermatt zwangsläufig zu einem Selbstbetrug, so dass er Schlussfolgerungen zog, die mit der damaligen Realität wenig übereinstimmen. So behauptete er allen Ernstes, die KPS und die FSS von Léon Nicole seien während der defatistischen Welle des kritischen Sommers 1940 objektiv auf dem Boden von General Guisan und der Widerstandsbewegungen gestanden! Das würde also bedeuten, sie hätten den Rütli-Rapport Guisans als ein positives Zeichen des unbedingten Widerstandswillens der Schweizer Armee begrüsst. War dem so?

Karl Odermatt, der doch diese Zeit selber miterlebt hat, stützt sich auf eine falsche Schlussfolgerung von Pierre Jeanneret junior in dessen Nationalfonds-Arbeit «Léon Nicole et la scission de 1939 – contribution à l'histoire du parti socialiste suisse», der aber diese Zeit nicht miterlebt hat! Dieser wiederum nimmt Bezug auf Pierre Jeanneret senior, welcher diese Zeit erlebt hat, aber die Tatsachen im Sinne eines Verdrängungssyndroms – ob bewusst oder unbewusst wissen wir nicht – verfälscht! Odermatt aber stellt die Dinge so dar, als ob diese Widerstandsbehauptung von Jeanneret junior gemacht worden sei, dabei stammt sie von Jeanneret senior!

Spätere Historikergenerationen sparen sich meistens die Arbeit, zu den Quellen zurückzugehen und die Aussagen ihrer Vorgänger zu überprüfen, oder sie sind nicht mehr imstande, dies zu tun, da Zeitgenossen zu alt oder bereits verstorben sind. Ich habe den Pakt im Alter von 21 bis 23 Jahren hautnah und intensiv erlebt, ja ihn sogar zum Anlass genommen, vom KJVS in die KPS überzutreten, und ihn aktiv befürwortet und gerechtfertigt.

Obwohl ich 1946 mit dem Kommunismus gebrochen habe, will ich im Interesse einer ehrlichen Geschichtsschreibung den Dingen auf den Grund gehen – oder wie man heute so schön sagt, die eigene Vergangenheit aufarbeiten. Im Verlaufe dieses selbstkritischen Vorgehens werde ich mich mit Odermatts

Geschichtsklitterung im Detail auseinanderzusetzen. Jeanneret junior hingegen räumt in seinem Vorwort ein, seine Arbeit werde Fehler und Lücken aufweisen, und sie erhebe nicht den Anspruch, erschöpfend oder definitiv zu sein; ja sie verlange sogar, in einer Anzahl Punkte ergänzt oder korrigiert zu werden. Ihm attestiere ich, dass er sich als Nichtzeitgenosse einer turbulenten Zeit bewundernswert und neutral in dieses Thema eingearbeitet hat.

Kommunisten zur Landesverteidigung

Die Entstehung der Kommunistischen Partei der Schweiz war untrennbar mit der Ablehnung der Landesverteidigung verbunden; sie war ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges! Darüber schrieb 1971 ihr Generalsekretär Edgar Woog: «Die Diskussion in der SPS nahm immer schärfere Formen an. Alle Fragen, die schon früher gestellt waren: die Stellung der Schweiz im Gefüge des Imperialismus, die Stellung zum Krieg, zur «Vaterlandsverteidigung» und zur Bewilligung der Militärkredite, die Stellung zur schweizerischen «Neutralität», die Mobilisierung der Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie, all das stand jetzt (1916) auf der Tagesordnung».

Bevor Fritz Platten zum Gründungskongress der Kommunistischen Internationale im März 1919 zu Lenin nach Moskau fuhr, forderte er als erster Schweizer im Nationalrat die Abschaffung der Schweizer Armee! Wie kam es, dass Woog, nachdem er sich vom ersten Schock über den Pakt erholt hatte, Ende August 1939 sich in Uster zur Landesverteidigung bekannte? Von 1921 bis 1936 hatte die KPS sämtliche Militärkredite konsequent im Geiste Lenins abgelehnt! Selbst die SPS bekannte sich erst 1935 zur Landesverteidigung, wobei deren Annahme noch sehr knapp ausfiel und sie von den Kommunisten als Verräter beschimpft wurde.

Im Jahre 1936 vollzog dann auch die KPS, angesichts der faschistischen Gefahr einer Neuaufteilung der Welt, den Wandel und bekannte sich vorderhand zu einer «jakobinischen Landesverteidigung». Die Einverleibung Österreichs und die Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler-Deutschland liess sie auch den Begriff «jakobinisch» aufgeben.



Moskau, Kreml, 24. August 1939, 15 Uhr. Nach Unterzeichnung des Nichtangriffpakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion, bringt Stalin einen Trinkspruch auf Hitler an. Er wisse, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebe. (Bild und Bildlegende aus «Moscow News», Moskau, 20. 8. 1989)

Spanienmajor Otto Brunner verkündete, obwohl er bald darauf seine Gefängnisstrafe von sechs Monaten antreten musste: «Jawohl, wir sagen, unser Endziel ist der Sozialismus, aber heute steht die Frage des Entscheidungskampfes zwischen Demokratie und Faschismus, und in dieser Frage müssen wir Kommunisten an der Spitze stehen.» Die KPS stelle die besten Kämpfer für die Landesverteidigung und für die Sicherung unseres demokratischen Staates. General Guisan um sechs Jahre voraus, erklärte Otto Brunner: «Die Arbeiter müssen auch versuchen zu avancieren, damit das Offizierskader eine bessere Zusammensetzung erhält und damit auch fähige Arbeiter und andere Werkstätige an verantwortliche Stellen beim Militär kommen.» Ferner: «Wir müssen uns einsetzen, dass unsere kommunistischen Genossen, die Dienst tun, die besten, diszipliniertesten Soldaten, dass sie im Militärdienst das möglichste lernen.»

Und pathetisch erklärte Brunner: «Die Aggressionspolitik der faschistischen Achsenmächte hat in weiten Kreisen der schweizerischen Bevölkerung, auch in der früher antimilitaristisch eingestellten Arbeiterbe-

völkerung, eine wesentliche Änderung in der Einstellung zur Landesverteidigung gebracht. Mit Recht nimmt die schweizerische Arbeiterschaft, die antifaschistische Bevölkerung eine bejahende Stellung ein und hat sie sich einmütig ausgesprochen, dass es ihr Wille sei, unsere Unabhängigkeit und Freiheit mit der Waffe in der Hand bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.»

Brunner polemisierte gegen Genossen, die noch heute eine sektiererische Einstellung hätten und sagten, sie seien immer Antimilitaristen gewesen; jetzt würden sie sich nicht umdrehen, um die Landesverteidigung zu bejahen. Man müsse Tag für Tag aufzeigen, welche Gefahren drohen würden für die Schweiz bei einem eventuellen Angriff der Achsenmächte. Er verlange die Forcierung des Baues unterirdischer Luftschutzkeller und die Bewaffnung der Bevölkerung im Hinterland, damit jedes Dorf eine Festung sei, und übernahm damit die Forderung «gut demokratischer Offizierskreise»!

«Alle Aufgaben der Landesverteidigung, die von diesen demokratischen Offizieren aufge-
rollt werden, sollen wir unterstützen und



29. 9. 1939 in Polen an der Weichsel. Freundschaftliches Treffen zwischen deutschen und sowjetischen Truppen. («Moscow News», 20. 8. 1939)

innerhalb der Armee und auch der Arbeiterorganisationen diskutieren. Dies ist nicht so leicht, aber wir sehen jeden Tag besser, dass es im Offizierskorps einen sehr grossen Teil wirklich ehrlicher Offiziere gibt, die guten Willens sind und aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern verstehen, dass das Volk nur dann einer Aggression der faschistischen Mächte Widerstand leisten kann, wenn man vor dem Angriff schon alles vorbereitet hat, was notwendig ist zur Verteidigung unserer Unabhängigkeit.» Dies war ein Auszug aus seiner Rede, die er Ende Mai am 7. Parteitag der KPS gehalten hatte.

Drei Tage vor dem Bekanntwerden des Paktes sandten ihm 24 ZK-Mitglieder der KPS die Versicherung ihrer Kampfverbundenheit ins Gefängnis und gaben ihrer Schmach Ausdruck, dass erprobte Freiheitskämpfer, die in Spanien ihr Leben für die Verteidigung der Demokratie eingesetzt haben, im Gefängnis sitzen: «... je gefährvoller die faschistische Kriegsbedrohung für das Schweizervolk sich zuspitzt». Das war am 20. August 1939 noch einmal das Bekenntnis der Schweizer Kommunisten zur Landesverteidigung!

Frontisten sahen den Pakt voraus

Erstaunlich weit muss man in der Zeitung «Die Front» und in der ideologischen Zeitschrift «Nationale Hefte», der wichtigsten schweizerischen Faschistenorganisation «Nationale Front», zurückblättern, wenn man deren Stellungnahme zum Hitler-Stalin-Pakt erkunden will.

Bereits im Juni 1937 stellten die Frontisten erfreut fest, dass man in Paris die Vertragsfähigkeit des sowjetrussischen Bundesgenossen in Frage stelle; aber auch in London denke man ebenso. Auslöser dieser Zweifel seien die Erschiessungen von acht ranghohen Führern der Roten Armee, darunter Marschall Tuchatschewski, der noch vor Jahresfrist dienstlich mit dem französischen Generalstab verhandelt habe und allgemein als Generalissimus im Kriegsfall bezeichnet worden sei. Erwähnt wurde auch die Liquidierung der Armeekommandanten Weissrusslands und der Ukraine, Jakir und Ubo-rewitsch, sowie des früheren Militärattachés in Berlin und London, General Putna.

Hans Oehler bemerkte dazu, bei der Urteilsverkündung durch die «Prawda» seien zwar «hochverräterische Beziehungen zu Deutschland» erwähnt worden, aber irgendein Anhaltspunkt bestehe nicht, dass die Erschossenen ohne Wissen und Willen Stalins irgendwelche Beziehungen zu einer ausländischen Macht unterhalten hätten. Als Antisemit bemerkte er kühl, die vielfachen Hinrichtungen jüdischer Führer des Bolschewismus in den letzten Jahren entsprängen keineswegs grundsätzlichen Erwägungen, da ja Stalins jüdischer Schwiegervater Kagunowitsch immer noch am Leben sei...



Zeitgenössische britische Karikatur.

Im November 1938 schrieb Frontistenführer Rolf Henne in einer langen Studie über «Deutschland und der Osten» triumphierend: «Vielleicht war die weltpolitisch wichtigste Begleiterscheinung des Münchner Abkommens – wichtiger als der Verzicht Englands und Frankreichs auf eine bewaffnete Intervention zugunsten der Tschechoslowakei – die Tatsache, dass es die politische und militärische Ohnmacht Sowjetrusslands vor aller Welt offenbarte.» In diesem Sinne sei München ein zweites Brest-Litowsk, und sibyllinisch erinnerte er an die Folgen jenes Gewaltfriedens: «Das war, als durch die russische Revolution der Koloss im Osten niedergeworfen war und deutsche Truppen bis hundert Kilometer vor Petersburg vordrangen, Odessa, Kiew und Rostow am Don besetzten, ja sogar ein deutsches Jägerbataillon im Kaukasus erschien!»

Dann kam Henne noch einmal auf München zurück: «Vielleicht wird dereinst München, obgleich dort im September 1938 der russische Bolschewismus nicht ausdrücklich geschlagen wurde, aus ganz grosser Distanz betrachtet, als einer der entscheidenden Siege Europas im Kampf um den eurasischen Raum erkannt werden. – Das alte Lied «Nach Ostland wollen wir reiten . . .» hat heute wieder einen besonderen Klang. Und wenn Hitler einst bei der Umreissung der nationalsozialistischen Aussenpolitik erklärte: «Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land des Ostens . . .», so weiss man, dass diese Forderung nicht papierene Programmatik war, sondern Vorhersage einer gigantischen Aktion, die nicht nur seine Person, sondern das ganze, von der Wucht der nationalsozialistischen Dynamik erfüllte deutsche Volk zum Träger hat.»

Aber der Artikel Hennes enthielt auch ein verstecktes Angebot: «Das System der französischen Ostpakte (mit der Tschechoslowakei, mit Polen, mit Jugoslawien, mit Rumänien und zuletzt noch mit Russland) diente nur dem einen Zweck, das Reich im Osten festzulegen und ihm dadurch seine Aktionsfähigkeit im Westen zu nehmen. Von einer sinnvollen Ordnung oder gar Beruhigung des mittel- oder osteuropäischen Raumes war dabei niemals die Rede gewesen. Nun hat Frankreich im Osten abgedankt, und das Feld ist frei (!) für den Aufbau unter einem neuen, gesünderen Vorzeichen.

Genüsslich zitierte «Die Front» am 27. Januar 1939 den ehemaligen französischen Kriegsminister Senator Fabry: «Seit vier Jahren bindet uns der französisch-sowjetrussische Pakt an eine Regierung und an eine Armee, deren höchste militärische und zivile Führer einer nach dem andern des Hochverrats überführt, verurteilt und hingerichtet worden sind. Was kann man anderes daraus schliessen, als dass Frankreich mit einem Land einen Vertrag abgeschlossen hat, das seit zwanzig Jahren durch Verräter regiert wird. Die Verpflichtung, die Frankreich guten Glaubens übernommen hat, erscheint heute als sinnlos.»

Am 4. Mai 1939 kam aus Moskau die sensationelle Nachricht, dass der bisherige Volkskommissar für Äusseres, Litwinow, auf eigenen Wunsch zurückgetreten und durch den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Molotow, ersetzt worden sei. Das Frontblatt brachte diese Meldung mit grossen antisemitischen Schlagzeilen: «Die Absetzung Litwinow-Finkelsteins! Welches sind die Gründe – welches die Folgen? Ein Schlag gegen die Einkreisungspolitik der Demokratien?»

Hämisch wurden deutsche und italienische Pressekommentare dazu zitiert.

Frontist Eduard Rüeßegger meinte am 6. Mai: «Es ist natürlich gewagt, jetzt plötzlich von deutsch-russischen Abmachungen hinter den Kulissen zu reden. Gewiss hat Hitler eine zurückhaltende Stellungnahme Moskaus in der Einkreisungspolitik durch sein Übergehen der Sowjets in der Reichstagsrede erleichtert. Aber von hier bis zur Zusammenarbeit ist noch ein sehr weiter Schritt. Fest steht heute lediglich, dass der Sturz Litwinow-Finkelsteins die Politik der Westmächte gegen die Achse stark verzögert hat, wenn er sie nicht eigentlich zum Scheitern bringt.»

In einem ellenlangen Artikel wurde abschliessend noch einmal zum Sturze Litwinows Stellung genommen: «Mit seiner Entfernung gibt Moskau den Westmächten zu verstehen, dass sie die Hilfe Sowjetrusslands zu Sowjetbedingungen annehmen müssen. Im gegenteiligen Falle würde und müsste eine radikale aussenpolitische Kursänderung der UdSSR eintreten!» Unlängst habe die Sowjetunion die baltischen Staaten zu ihrer Interessenssphäre erklärt, worauf Hitler für Estland und Lettland Nichtangriffspakte vorbereitet habe: «Auf diese Art bahnt sich zwischen Deutschland und Russland ein einseitiger, aber sehr bedeutsamer Prozess an. Hitler wünscht sowohl durch die Tatsachen wie auch durch Unterhandlungen Stalin gegenüber zu beweisen, dass Deutschland die russischen Interessen zu respektieren beabsichtige und dass es keinerlei aggressive Absichten auf Russland habe. Bedeutet dies aber, dass man früher oder später mit einem Abkommen Deutschland-Russland rechnen muss und dass die Entfernung Litwinows als Aussenminister als radikale Änderung der Aussenpolitik der Sowjetunion bewertet werden muss? Die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens auf längere Dauer dieser Staaten besteht insofern, als Deutschland Russland in Ruhe lässt und Russland den teilnahmslosen Beobachter der deutschen Operationen in Zentral- und Osteuropa spielen wird.»

Am 23. Juni zitierte «Die Front» unter dem Titel «Auf dem toten Punkt» den «Daily Express», dass Deutschland zurzeit den Versuch mache, mit Sowjetrussland zu einem politischen Abkommen zu gelangen. Auf halbamtlichem Wege betreibe Reichsaussenminister Ribbentrop diese Versuche. Die Moskauer Antwort sei weder ja noch nein. Deutschlands Vorschlag ginge dahin, einen Nichtangriffspakt zwischen Berlin und Moskau und eine gemeinsame Garantieerklärung für die baltischen Staaten zustande zu bringen. Hitler habe von Ribbentrop für die Verhandlungen freie Hand gegeben.

«Die «Friedensfront» gebrochen – Bestürzung in Paris und London», das waren die Schlagzeilen, mit der «Die Front» am 23. August 1939 Ribbentrops Reise nach Moskau zur Unterzeichnung des Paktes zwi-

schen Hitler und Stalin ankündigte. Wie einem Irrlicht seien die britischen und französischen Diplomaten und Militärs den russischen Vorspiegelungen gefolgt, und sie stünden nun vor dem Nichts. Sie müssten froh sein, wenn ihnen die Machthaber im Kreml noch einen einigermaßen anständigen Abschied gewähren würden.

Bereits am 2. Juni hatte der Frontist Eduard Rüeggsegger vermerkt, dass Stalin am längeren Hebelarm sitze: «Dadurch, dass man in Moskau zuerst eine bereitwillige Miene aufsetzte, lockte man die Londoner Diplomatie auf die Äste hinaus – so weit, dass es für sie, wollte sie nicht einen schweren Prestigeverlust in Kauf nehmen, auf diesen sich biegenden Ästen kein Zurück mehr gab, sondern nur noch ein Fallenlassen – in das russische Fangnetz. Die ganze jüdisch-freimaurerische Grosspresse Europas und Amerikas sorgte im Zusammenspiel mit Moskau durch ungeheures Herausstreichen der Bedeutung eines Paktes mit Sowjetrussland ebenfalls dafür, dass Chamberlain der Rückweg abgeschnitten wurde. Nachdem nun die Sache soweit ist, kann Moskau die Bedingungen diktieren . . . und die bolschewistischen Machthaber wären die letzten, die diesen Vorteil nicht rücksichtslos für sich ausnützen würden.»

Eine für mich völlig unerwartete Überraschung bestand nicht etwa in der gemeinsamen – wenn auch natürlich mit ganz anderen artigen Rechtfertigungen – Billigung des Hitler-Stalin-Paktes durch Frontisten und Kommunisten, sondern in der gemeinsamen Billigung der Stalinschen Schauprozesse und der Köpfung der Roten Armee durch Kommunisten und Frontisten!

Während wir Kommunisten die ermordete Elite der Roten-Armee-Führer als «Agenten Hitlers» diffamierten und gegenüber den Sozialdemokraten rechtfertigten, feierten die

Frontisten in der Oktober-Nummer der «Nationalen Hefte» deren Liquidierung als «Agenten des Weltjudentums»! Und während ich blindlings die Erschiessung Marschall Tuchatschewskis verteidigte, belächelte ich erhaben die ungläubliche Naivität des anonymen Frontisten «Towarisch Iwan», der unter dem reisserischen Titel «Zur Vorgeschichte des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes – Der Fall Jeschow» eine personenkultartige Verherrlichung des NKWD-Chef Jeschow betrieb, den er als Chef der Sowjetrussischen Geheimen Staatspolizei bezeichnete! Zu jenem Zeitpunkt war Jeschow bereits durch Berija ersetzt worden. «Towarisch Iwan» meinte, Stalin habe Jeschow, einen Menschen, der ihm sehr nahe gestanden sei, aus aussenpolitischen Gründen opfern müssen, und zwar unter dem massiven Druck von England, Frankreich und Amerikas. Man habe Stalin damals noch mit dem deutschen Schreckgespenst durch das internationale Judentum unter Druck setzen können: «ob vermeintlicher «Progrome» in Deutschland nach dem Mord an von Rath in Paris, die gross aufgespielt wurden». (Gemeint war die berüchtigte «Kristallnacht».) Jeschow sei nach dem maniakalen Dsersinski nach dem Halbjuden und Halbpolen Menschinski und dem Volljuden Jagoda der erste Volksrusse gewesen, der die Maschinerie der GPU ganz in seinen Händen gehabt habe. Unter Dsersinski seien fünfzehn Millionen, unter Jagoda weitere Millionen Opfer des Roten Terrors geworden, hingegen Jeschow habe sich darauf beschränkt, nur Hunderttausende von Juden in führenden Posten durch Volksrussen zu ersetzen. Die Weltpresse habe gejammert, Stalin hätte seine «besten Offiziere» verloren, die Rote Armee sei nun ohne Führung, aber: «Selbst den Halbjuden und Freimaurer Tuchaschewsky hatte ein Teil der deutschen Presse gutgläubig verherrlicht, nicht zu sprechen vom Volljuden Marschall Blücher, den Volljuden Jegorov, Belov, Jakir,

Uborevitsch und den meisten übrigen Leitern der Roten Armee, die Jeschow beseitigte. Die «Schauprozesse» waren oft aus aussenpolitischen Gründen gegen Deutschland gerichtet. Das war eine Fälschung, durch die man noch versuchte, die Verbrecher reinzuwaschen. Hinter den Spitzen der Sowjetunion stand das Weltjudentum. Darüber herrschte nur noch die Stalinsche Macht. Stalin musste sich oft aus taktischen Gründen mit den Juden einlassen. Jeschow war härter als er . . . In der ganzen Revolution kämpften ja ständig zwei Gruppen miteinander: die internationalistische «Intelligenz» unter Trotzky, Bucharin und anderen sowie die volksrussische Gruppe, die sich um Stalin scharte . . . Kurz vor Abschluss des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes zog die sowjetrussische Regierung alles jüdische Personal aus seiner Vertretung in Berlin zurück und ersetzte es durch Volksrussen. Als die deutsche Delegation in Moskau eintraf, soll seitens der Russen das Wort gefallen sein: «Sechs Jahre warten wir auf euch . . .» Auf diese Art und Weise wurde den antisemitischen Frontisten der georgische Volksrusse Stalin schmackhaft gemacht! □



**Stiftung
Schweizerische Osteuropa-Bibliothek
3005 Bern
Jubiläumsstrasse 41**

Die Stiftung Schweizerische Osteuropa-Bibliothek sucht im Vollamt einen

Bibliothekar

Idealalter: 35–40 Jahre, VBS-Diplom keine Vorbedingung. Slawische Sprachkenntnisse erwünscht. Dauerstelle.

Das Aufgabengebiet umfasst neben allgemeinen Bibliotheksarbeiten Bestandserschliessung, Katalogisierung, Benutzerberatung und Führung der umfangreichen Periodika-Abteilung.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Foto sind bis **16. Oktober 1989** zu richten an:

Schweizerische Osteuropa-Bibliothek, Direktion, Jubiläumsstrasse 41, CH-3005 Bern

Arbeitsantritt: 1. Januar 1990



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration –

Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Telefon 031 43 12 12

Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03

Deutsche Bank Frankfurt a. M.

(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.–

Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer

Jahresabonnement sFr. 57.–/DM 68.–

Luftpost sFr. 62.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler

sFr. 36.–/DM 43.–

Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.–